



Stellenangebot

Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung , 30159 Hannover

Einstellungsdatum: 01.03.2019
Meldeaktenzeichen:
Besoldungs-/Entgeltgruppe: E 14

Bewerbungsschluss: 22.01.2019
Stellenumfang: 1 Plätze: 1
Befristung: unbefristet

Beschreibung der Tätigkeit:

Im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet für die Dauer einer Elternzeitvertretung der Arbeitsplatz

einer Referentin oder eines Referenten (w/m/d)
im Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

zu besetzen. Damit verbunden ist zugleich die Abwesenheitsvertretung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen.

Der Arbeitsplatz ist nach Entgeltgruppe 14 TV-L bewertet

Die Tätigkeit umfasst im Wesentlichen folgende Aufgabenbereiche:

- Grundsatzangelegenheiten des NBGG sowie Mitwirkung bei der Bearbeitung von behindertenspezifischen Grundsatzangelegenheiten,
- Benachteiligungsverbot gem. § 4 NBGG: Erarbeitung von Konzeptionen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gemäß Art. 3 Abs. 3 GG und der UN BRK,
- Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen, die die Interessen von Menschen mit Behinderungen betreffen,
- Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Beruf und Gesellschaft,
- Analyse von Inklusionshemmnissen,
- Ableitung von Grundsatzfragen und -bearbeitung aus Einzelanfragen von Menschen mit Behinderungen,
- Pflege von Netzwerken (inkl. Teilnahme an Treffen in Niedersachsen und bundesweit),
- Nds. Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen (Organisation der Treffen, Betreuung und Beratung der Mitglieder und der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften),
- Konzipierung von Projekten Konzepten und Veranstaltungen, die die vorgenannten Bereiche einleiten, unterstützen oder weiterentwickeln,
- Inhaltliche Begleitung der Entwicklung des Aktionsplan Inklusion zur Umsetzung der UN-BRK in Niedersachsen
- Reden, Grundsatzartikel und Öffentlichkeitsarbeit

Die Ausschreibung richtet sich an Bewerberinnen und Bewerber, die ein Studium in den Bereichen Rehabilitationspädagogik/-wissenschaften, Public Health, Sozialwissenschaften oder Soziale Arbeit mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss absolviert haben.

Gesucht wird eine verantwortungsbewusste Persönlichkeit mit dem Studienabschluss entsprechender beruflicher Erfahrung. Eine mehrjährige berufliche Erfahrung in der Inklusion/Integration von Menschen mit Behinderungen in Beruf oder Gesellschaft ist wünschenswert. Sofern Sie über einen Abschluss im Bereich Public Health, Soziale Arbeit oder Sozialwissenschaften verfügen, ist die vorgenannte berufliche Erfahrung zwingend erforderlich.



Die Wahrnehmung der Aufgaben erfordert ein ausgeprägtes Verständnis für landespolitische, ressort- und gremienübergreifende Zusammenhänge und die damit verbundenen Verwaltungsabläufe.

Die Tätigkeit erfordert weiterhin

- Interesse an behinderungsspezifischen Themen,
- die Fähigkeit, den menschenrechtlichen Ansatz, der sich u.a. in der UN-BRK widerspiegelt und dem Grundsatz, dass Menschen mit Behinderungen Expertinnen oder Experten in eigenen Angelegenheiten sind, anzuerkennen und aktiv umzusetzen,
- hohe Belastbarkeit, Teamfähigkeit, Kontaktfreudigkeit,
- zielgruppengerechte und situationsangepasste Kommunikationsfähigkeit.

Die Bereitschaft, sich fortlaufend in komplexe Materien einzuarbeiten und weiterzubilden, wird vorausgesetzt. Von Vorteil sind Kenntnisse der aktuellen behinderungsspezifischen politischen Fragestellungen und vertiefte Kenntnisse im Rehabilitationsrecht. Erwartet werden Zuverlässigkeit, Flexibilität, Engagement, Eigeninitiative sowie die Fähigkeit, sich auf die verschiedenen Lebenssituationen der Menschen mit Behinderungen einlassen zu können und mit diesen auf Augenhöhe kommunizieren zu können.

Der Dienstposten/Arbeitsplatz ist teilzeitgeeignet. Von den Bewerberinnen und Bewerbern wird aber eine große zeitliche Flexibilität erwartet, da teilweise eine ganztägige Anwesenheit und die Teilnahme an Abend- und/oder Wochenendveranstaltungen erforderlich sind.

Bewerberinnen oder Bewerber mit Behinderungen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ebenfalls nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Eine Behinderung / Gleichstellung im Sinne von § 68 SGB IX bitte ich zur Wahrung Ihrer Interessen bereits in der Bewerbung mitzuteilen.

Die Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten sind willkommen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 22.01.2019 an das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Referat Z/1, Hannah-Arendt-Platz 2, 30159 Hannover. Elektronische Bewerbungen senden Sie bitte an Yvonne.Bauersfeld@ms.niedersachsen.de. Für Nachfragen zum Verfahren steht Frau Bauersfeld, Tel. (0511) 120-4120, für Nachfragen zum Anforderungsprofil und den Tätigkeiten die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Frau Wontorra, Tel. (0511) 120-4007, zur Verfügung. Sofern Sie im öffentlichen Dienst tätig sind, wird um eine schriftliche Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in die Personalakte gebeten.



Das MS ist zertifiziert, das Qualitätssiegel „audit berufundfamilie“ zu führen. Wir bieten u. a. flexible Arbeitszeiten, individuelle Teilzeitmodelle, ein aktives Gesundheitsmanagement sowie Home-Office-Möglichkeiten.

Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie hier:

https://www.ms.niedersachsen.de/startseite/ministerium/impressum/dsgvo_bewerber/informatio-nen-gemae-art-13-datenschutz-grundverordnung-fuer-bewerberinnen-und-bewerber-169115.html

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:

Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover
Telefon: 0511/120-0
Telefax: 0511/120-4298
Internet: www.ms.niedersachsen.de

Bewerbungsschluss 22.01.2019

Ihre Ansprechpartnerin/Ihr Ansprechpartner:

Frau Yvonne Bauersfeld
Tel.: 0511/120-4120
Yvonne.Bauersfeld@ms.niedersachsen.de